

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 3

Artikel: KP-Konferenz und Taktik
Autor: J.S.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094658>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

den neuen, von Moskau geforderten Kurs eines «europäischen Kommunismus» einzuspüren.

Von portugiesischen Kommunisten ist im Gespräch etwa zu hören, vergangenen Sommer habe die Sowjetunion, nach Abwägen der Erfolgchancen, vor allem des möglichen amerikanischen und westeuropäischen Widerstandes, ihre Interessen von Portugal nach Angola umgeleitet, wo die Aussichten eines «Etappensieges» bereits zu jenem Zeitpunkt äusserst günstig gestanden hätten. Ins Kreml-Kalkül sei auch, wie westliche Beobachter des sowjetischen «Weltkommunismus» ergänzen, Spanien miteinbezogen worden.

Moskaus Interessen haben neue Prioritäten erhalten; der Modellfall kann warten

Das heisst: Durch ein zu offensichtliches sowjetisches Engagement in Portugal, verbunden mit einer Machtübernahme, wäre der «eigenständige» Kurs der spanischen, ja aller westeuropäischen Kommunisten gefährdet gewesen, hätte selbst nach dem Tode Francos mit einer Versteifung statt mit einer Auflockerung des Regimes in Spanien gerechnet werden müssen.

Der 25. November sei eine «Verzweiflungstat» Cunchals gewesen. Wäre ihm die Machtübernahme nach altstalinistischem Rezept gelungen, so wäre Moskau vor vollendete Tatsachen gestellt gewesen und hätte sicherlich mit (offener) Unterstützung nicht mehr länger zurückgehalten. Grundsätzlich sei die Sowjetunion nicht gegen den «Versuch» gewesen, aber der Kreml durfte dabei nicht exponiert werden.

Jetzt müssten (auch) Portugals Kommunisten auf Moskaus neue Linie umschwenken, jene des «europäischen Kommunismus»: Nach der Direktive des Kremls, die für alle westeuropäischen Kommunistischen Parteien gelten soll, muss die Möglichkeit geschaffen werden, «einen Kommunismus vorzutauschen, der nach aussen hin bewusst nicht restlos moskauhörig ist».

Angriffe der sowjetischen parteiamtlichen «Prawda» beispielsweise gegen die Abweichler Marchais (Frankreich) und Berlinguer (Italien) sind daher als Täuschungsmanöver zu werten.

Die sich abzeichnende Ablösung Alvaro Cunchals in Portugal würde die sowjetischen Machthabenden und Globalstrategen entlasten. Europa aber könnte, da ja Portugal von Moskau scheinbar abgeschrieben worden ist, ruhig weiterschlafen in der Hoffnung auf einen «demokratischen» europäischen Kommunismus.

Zu Soares gestern: «Du Faschistenfreund!» Zu Soares heute: «Wir sind doch beide Sozialisten»

Alvaro Cunhal scheint den neuen Kurs selbst vorzubereiten und einzuleiten. Gesucht wird wieder die Annäherung an die Sozialisten von Mario Soares («Wir sind doch beide Sozialisten»), Alvaro Cunhal, und ein harter Kurs gegen die Linke, d. h. die Linksüberholer (die maoistischen Todfeinde), wird gefordert.

Die Gefahr eines kommunistischen Staatsstreichs in Portugal ist in der Tat geringer geworden, aber noch nicht völlig gebannt. Viele Portugiesen fragen sich unter anderem, wo noch die etwa 50 000 leichten und schwereren Waffen versteckt gehalten werden — und von wem —, die vor dem 25. November aus Armeedepots verschwunden sind. ■

KP-Konferenzen und Taktik

Gesucht wird eine gemeinsame Plattform zwischen den regierenden und den nichtregierenden kommunistischen Parteien Europas. Moskau möchte sie für seine Disziplinierungsbedürfnisse so verbindlich wie möglich haben, Jugoslawien will sie vor allem nicht als sowjetisches Interventionsalibi gebrauchen lassen, und die westeuropäischen KP brauchen einen Text, der sich zuhänden der Wähler ihrer eigenen Länder beschwichtigend auslegen lässt — wie immer er gemeint sei. Diese unterschiedlichen Bedürfnisse belasten die geplante KP-Konferenz der Region Europa und damit auch die spätere Weltkonferenz. Inhaltliche (Jugoslawien) oder taktische (Westeuropa) Differenzen machen die Einberufung eines solchen globalen Treffens schwieriger als vor sieben Jahren.

Damals, 1969, waren es hauptsächlich die Invasion der CSSR und die damit verbundene «Breschnew-Doktrin der beschränkten Souveränität» gewesen, die Anlass zu Komplikationen gaben, und zwar sowohl bei der Vorbereitung als auch (wenngleich nicht gravierend) bei der Durchführung. Bezüglich Chinas kam es zudem nicht zur einheitlichen Verurteilung, die der Kreml angestrebt hatte.

Heute haben die Schwierigkeiten mehr mit der Generallinie der Revolutionstaktik zu tun. Die Sowjets erheben den Anspruch, dass ihre Interpretation des Marxismus-Leninismus universale Geltung hat. Schon zur Zeit des Prager Frühlings und vor allem nach seiner Liquidierung hat man in Moskau die «objektiven Gesetzmässigkeiten» erarbeitet, ohne die es keinen Sozialismus gebe. Und als solche werden die «sowjetischen Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau» vorgestellt. Von diesen darf nach sowjetischer Auslegung keine KP abweichen; gestattet ist lediglich eine «schöpferische Anwendung» und «Weiterentwicklung».

Damit hängen die gegenwärtigen Schwierigkeiten zusammen. Laut Beschluss der Weltkonferenz von 1969 sind die einzelnen Parteien in der Auswahl der innenpolitischen Kampfmittel und Kampfmethoden frei und unabhängig, natürlich im Rahmen des Marxismus-Leninismus.

Nun möchten einige westliche KP ein besseres innenpolitisches Image haben und äussern sich gegen die Verbindlichkeit der «sowjetischen Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau». Weil z. B. der Ausdruck «Diktatur» dem westlichen Wähler als programmatisches Ziel mehrheitlich missfällt, hat die französische KP darauf verzichtet, die «Diktatur des Proletariats» als obligatorische Etappe des sozialistischen Aufbaus zu verkünden. Dabei hat es diese Diktatur noch nie gegeben, sondern lediglich eine Diktatur des Parteiapparates im Namen des Proletariats.

Nun akzeptiert Moskau durchaus den parlamentarischen Weg der kommunistischen Machtergreifung, wenn er gangbar ist, und sollte damit auch Verständnis dafür haben, dass man aus innenpolitischem Opportunismus von Losungen absieht, die sich nicht als genügend zugkräftig erweisen; die KPdSU selber hat das schon zur Genüge getan und veranlasst. Aber den Bedürfnissen westeuropäischer Taktik das Opfer zu bringen, sich öffentlich desavouieren zu lassen, ist doch etwas viel verlangt. Abgesehen vom Verdacht, dass es sich am Ende doch nicht um bloss Taktik handeln könnte.

Obwohl die inhaltlichen Vorstellungen keineswegs so abweichlerisch sein dürften. Die westeuropäischen KP bekennen sich schliesslich zum Marxismus-Leninismus, und dieser sieht

nun einmal die Abschaffung der bürgerlichen Demokratie vor, auch wenn man sie auf dem Wege zur Machtergreifung benützen darf.

Die osteuropäischen Länder (letztes Beispiel der polnische Parteikongress vom Dezember 1975) bezeichnen sich noch immer als «Diktatur des Proletariats», aber immerhin lässt der neue Statutenentwurf der ostdeutschen SED erkennen, dass man den Ausdruck auch dort nicht mehr plakatiert, so dass die «Ketzerie» eines Marchais eigentlich gar nicht so schlimm ist. Die UdSSR ihrerseits stellt sich als «Diktatur des ganzen Volkes» vor. Man habe im fortgeschrittenen Stadium des Sozialismus die Diktatur gegenüber ganzen Klassen und Volksschichten (es gibt doch gar keine Bourgeoisie mehr) nicht mehr nötig. Die Diktatur des ganzen Volkes bedeutet also nur noch Diktatur gegenüber Volksfeinden, und Volksfeinde sind Regimegegner, Andersdenkende und Oppositionelle.

Was die kommunistischen Parteien Westeuropas betrifft, so ist der Verzicht auf den Ausdruck «Diktatur des Proletariats» kein Testfall für ihre Andersartigkeit. Sie wären glaubwürdiger, wenn sie seine Verlogenheit anprangern würden. So aber distanzieren sie sich grosszügig von einer Sache, die es nie gegeben hat, wonach nicht einzusehen ist, wieso sie Begriffen wie «Respektierung des parlamentarischen Weges und der Verfassung» nicht ebenfalls einen eigenen Inhalt geben sollten, welcher der üblichen Aussage des Wortes widerspricht.

Allerdings: Auch ganz oder doch weitgehend taktisch gemeinte Formulierungen können zur Verbreitung «revisionistischer» Gedanken in Ost- und Westeuropa führen. Dieser Gefahr ist man sich in Moskau bewusst. So willkommen es ist, wenn die kommunistische Diskussion westliche Demokraten über die undemokratischen Ziele westeuropäischer KP hinwegtäuscht, so unwillkommen ist es, wenn sie zu Missverständnissen im eigenen Lager führt.

*

Im übrigen haben die Sowjets gar nichts dagegen, das Spiel der Zusammenarbeit sogar mit dem Klassenfeind selber zu spielen, sofern sie sich der Kontrolle sicher fühlen. Das war bei der kommunistischen Regionalkonferenz vom letzten Jahr in Havanna der Fall, wo 24 prosowjetische Parteien zusammenkamen (9.—13. 6. 1975). Die lateinamerikanischen Kommunisten erklärten sich bereit, mit allen Schichten der Bevölkerung zusammenzuarbeiten, die gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit und Befreiung kämpfen wollten. Jedermann, der aus welchen Gründen auch immer gegen die Mono-

pole arbeiten will, ist in der Aktionseinheit willkommen.

Wie rechtfertigt die Erklärung von Havanna das *provisorische* Bündnis mit der «Mittelschicht»?

«Die soziale Instabilität regt diese Schicht ebenso wie die Studenten, Intellektuellen und Techniker zur politischen Aktivität an. In einigen Fällen stossen die Mittelschichten zur kommunistischen Avantgarde und zu den demokratischen und antiimperialistischen Bewegungen, oder sie bilden typisch kleinbürgerlich-radikale Gruppen. In anderen Fällen bilden sie reaktionäre Gruppen, die von der CIA durchsetzt und als Stosstrupp von den Oligarchien ausgenutzt werden... Diese Tatsachen unterstreichen die Notwendigkeit eines harten Kampfes, um die Mittelschichten für die Positionen des Proletariates zu gewinnen...»

Die lateinamerikanische Erklärung verlangt die Aktionseinheit sogar mit der Bourgeoisie, wenn diese gegen die USA ist. «Diese bürgerlichen Kreise können deshalb an der demokratischen und antiimperialistischen Aktionseinheit mit dem Volke teilnehmen.» Die Bourgeoisie ist jedoch nur eine zeitweilige Verbündete: «Sie kann den neuen Unabhängigkeitskampf nicht bis zu Ende führen.» Der Einbezug der Bourgeoisie in die Aktionseinheit «darf niemals auf Kosten des entscheidenden Bündnisses der Arbeiter, der werktätigen Bauern und der Mittelschichten und auch nicht auf Kosten der Klasse des Proletariats zugunsten zeitweiliger Kompromisse erfolgen».

Besonders hervorgehoben wird die Aktionseinheit mit dem (katholischen) Klerus:

«Die Christen, speziell die Katholiken, der niedere Klerus und sogar einige Vertreter ihrer Führung nehmen immer aktiver an den Volkskämpfen für nationalen und sozialen Fortschritt teil. Sie sind besetzt von dem Gedanken an eine Kirche, die sich — wie in Brasilien und einigen anderen Ländern — an die Seite des Volkes stellt und einen Kompromiss mit der Reaktion und dem Imperialismus zurückweist. Weltliche und kirchliche Bewegungen, die die Probleme der Werktätigen und des Landes aufgrund persönlicher Erfahrungen kennen, wissen um die Notwendigkeit der Aktionseinheit gegen die gemeinsamen Feinde... Im wachsenden Kampf der Völker bilden sich drei Strömungen unter den Christen Lateinamerikas heraus: die konservative, die reformistische und die fortschrittliche. Die reformistische und die fortschrittliche Strömung repräsentieren die grosse Mehrheit. In allen Ländern ist es möglich und notwendig, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Der Dialog zwischen Gläubigen und Marxisten erleichtert die Fortschritte in der Aktionseinheit... Er legt die Fundamente für ein dauerhaftes Bündnis zur Errichtung einer neuen Gesellschaft.»

Leider fehlt in der Erklärung jeglicher Hinweis darauf, warum dann ein solcher Dialog zwischen Christen und Kommunisten in jenen Ländern nicht möglich ist, wo die Revolution schon gesiegt hat.

Die kommunistische Taktik will also eine grosse Aktionseinheit auf einer breiten sozialen Basis, möglichst unter kommunistischer Führung! Dabei verlangen die Kommunisten von ihren andersdenkenden Partnern genau das, was sie ihnen später unter keinen Umständen gewähren wollen, nämlich die Respektierung der eigenen politischen Theorie. «Wir Kommunisten haben

das Recht zu erwarten, dass diejenigen, die trotz direkter programmatischer Divergenzen gemeinsam mit uns in jedem unserer Länder am nationalen Kampf teilnehmen, unsere politischen Positionen und unsere Ideologie respektieren. Wir nehmen gegenüber diesen Kräften die gleiche Haltung ein.» Es fehlt hier ein Zusatz: «Bis zum Sieg.»

Die Konferenz von Havanna verlief in der Atmosphäre der Achtung und «Bewunderung» der KPdSU und im antichinesischen Geist.

«Auf dieser Konferenz der kommunistischen Parteien Lateinamerikas und des karibischen Raumes bekräftigen ihre Vertreter nochmals ihre Achtung, ihr Vertrauen und ihre Bewunderung, die sie gegenüber dem Vaterland Lenins und sei-

ner Partei, den Erben der Bolschewiki, empfinden.»

Diese Bewunderung wird mit der Verurteilung der chinesischen Staats- und Parteiführung verbunden: «Die Konferenz verurteilt entschieden die Aussenpolitik der Führung der Kommunistischen Partei Chinas, die mit dem USA-Imperialismus kokettiert und dessen Präsenz in Asien und Europa verteidigt. Die chinesische Führung rechtfertigt die NATO und stärkt den westdeutschen Imperialismus und Revanchismus... Die chinesische Führung hetzt den aggressiven Militarismus der Bourgeoisie in der Welt gegen die UdSSR auf... Der Kampf gegen diese Politik des Verrats an der Einheit, an der Solidarität

die politische meinung

Zweimonatshefte für Fragen der Zeit

Am 5. Januar vor 100 Jahren wurde Konrad Adenauer geboren.

Heft Nr. 163 (Dezember 1975) der «Politischen Meinung» benutzt diesen Anlass, um darüber unter dem Leitwort nachzudenken:

Adenauer-Politik Gestern und Morgen

Geschrieben haben dazu in der grossen Sondernummer u. a.:

- | | |
|---------------------------------|---|
| Dr. Helmut Kohl: | «Erbe und Auftrag» |
| Prof. Dr. Alfred Müller-Armack: | «Adenauer, die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftspolitiker» |
| Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz: | «Die Wiedervereinigungspolitik Adenauers» |
| Dr. Bruno Heck: | «Adenauer und die CDU» |
| Prof. Dr. Dr. Peter Berglar: | «Das Phänomen Adenauer» |
| Dr. Giulio Andreotti: | «Adenauer und De Gasperi» |
| Prof. Friedrich Torberg: | «Die Intellektuellen und Adenauer» |

Heft Nr. 162 (September/Oktober 1975) hatte in seinem Hauptteil das viel diskutierte Problem behandelt:

Grenzen des Sozialstaates

Dazu schrieben u. a.:

- Prof. Dr. Philipp Herder-Dorneich: «Die Grenzen des Sozialstaates», Prof. Dr. Gerhard Schmidtchen: «Gesellschaft der falschen Bedürfnisse?», Prof. Dr. Alfred Müller-Armack: «Absage an den ‚Demokratischen Sozialismus‘», Prof. Dr. Dr. Peter Berglar: «Die ‚Neue soziale Frage‘ als Existenzfrage»

Herausgeber: Dr. Bruno Heck
Chefredakteur: Dr. Karl-Willy Beer

Heftumfang ca. 100 Seiten. Einzelpreis DM 5,-, Jahresbezugspreis für 6 Hefte DM 25,-, für Schüler und Studenten (bei Vorlage einer Studienbescheinigung) DM 16,- inkl. MwSt. zuzüglich Versandkosten.

EICHHOLZ-VERLAG GmbH D-53 Bonn Postfach 458

Alphonse Max zum chilenischen Widerstand

Wer kämpft wie?

Seit der Machtübernahme der Militärs in Chile ist weltweit immer wieder der «bewaffnete Widerstand der Volkskräfte» verkündet worden. Wie steht es eigentlich heute damit?

Wer hat nach dem Sturz des Allende-Regimes in Chile den bewaffneten Kampf gegen das neue Militärregime aufgenommen? Etwa die Sozialistische Partei, der grösste Koalitionspartner innerhalb der Volksfront «Unidad Popular» und links von der KP stehend? Etwa die Kommunistische Partei selbst, mit ihren gut gedrillten Kadern, die darauf vorbereitet wurden, ihre Tätigkeit im Untergrund fortzusetzen? Wo blieben alle diese selbsternannten Volksverteidiger, als — wie sie lautstark erklärten — in Chile die Menschenrechte mit Füssen getreten wurden?

Wer bei der Guerilla-Tätigkeit geblieben ist

Die Frage ist rhetorisch, aber man kann sie trotzdem beantworten. Die betreffenden Résistance-Kräfte flohen massenweise ins Ausland, sie suchten Asyl in den diplomatischen Botschaften, oder sie wandten sich von ihrer bisherigen Ueberzeugung ab und erklärten, «immer schon antimarxistisch» gewesen zu sein.

Nur die Guerillaorganisation MIR (Linke Revolutionäre Bewegung) hat aus dem Untergrund den Kampf gegen die Regierung des Generals Pinochet geführt. Nicht so sehr aus «Liebe zum

und an den besten Traditionen der revolutionären Weltbewegung ist Pflicht aller kommunistischen Parteien Lateinamerikas.»

Die taktische Generallinie kam in Punkt VIII der gemeinsamen Erklärung zum Ausdruck: In der revolutionären Bewegung müssen «die unterschiedlichen Kampfmethoden und -methoden genutzt werden... Die Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten ist unabdingbare Pflicht der antiimperialistischen Kräfte... Es sind nicht die Revolutionäre, die als erste zu Mitteln der Gewalt greifen. Es ist aber Recht und Pflicht aller Volks- und Revolutionskräfte, bereit zu sein, auf konterrevolutionäre Gewalt mit revolutionärer Gewalt und mit allen Möglichkeiten der Volksaktion zu antworten.»

Für die portugiesischen Kommunisten — und ihre Parteibrüder in der ganzen Welt — waren die verschiedenen Barrikadenaktionen und die Verhaftungen der Gegner, die Besetzung der Redaktionen gegnerischer Zeitungen usw. friedliche Massnahmen! Die Antwort der Volksmassen, die in ihrer erbitterten Wut später kommunistische Lokale abgebrannt haben, war aber Konterrevolution! Im Osteuropa der Jahre 1948—1953 waren Enteignungen, Verhaftungen, Deportationen und ähnliche «demokratische» Massnahmen keine Gewaltmassnahmen; die stillen Proteste einiger mutiger Männer waren aber Konterrevolution und wurden dementsprechend bestraft.

j. sz.

Volke», um die Chilenen von einer «faschistischen Diktatur» zu befreien, sondern einfach darum, weil sie Terroristen sind. Ausnahmen bestätigen die Regel, aber grosso modo galt die Maxime: einmal ein Terrorist, immer ein Terrorist.

Das MIR war bereits zu Zeiten des christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei (1964 bis 1970) aktiv und hat unter der Allende-Regierung seine Tätigkeit nie ganz eingestellt. Seine Angehörigen sind frustrierte, komplexbeladene Mitglieder der Bourgeoisie, die sozusagen in Mord und Totschlag ihren Lebenssinn gefunden haben.

Der Tod ist der Flucht vorzuziehen — jedenfalls in der Theorie

In den letzten Monaten hat das MIR besonders schwere Schläge hinnehmen müssen; fast die gesamte Führerschicht sitzt im Gefängnis oder ist in Botschaften beziehungsweise ins Ausland geflüchtet. Dabei hat das MIR in seinen eigenen Statuten festgelegt, dass ein Guerrigliero nie flieht und nie Asyl suchen darf; der Tod sei vorzuziehen. Nun, diese Terroristen und ihre Führer achten keinerlei Gesetze, Regeln oder Vorschriften, noch nicht einmal die eigenen; warum auch?

Das MIR war im Laufe des Jahres 1974 zunehmend aktiv geworden, und seit Oktober 1974 deckte die Polizei unzählige Verstecke mit Massen von Waffen und anderem Material auf.

Wenigstens an Geld fehlt es nicht

Gemäss einem Artikel in der vom MIR in Frankreich herausgegebenen Zeitung «Courrier de la Résistance» hat das MIR 1,25 Millionen Dollar erhalten, ein Viertel der 5 Millionen Dollar, welche die argentinische Extremistenorganisation ERP (eine der wohlhabendsten der Welt) dem sogenannten lateinamerikanischen Revolutionären Koordinierungsrat übergeben hat.

Dieser Rat, der sogenannte ICR, besteht aus den Guerillaorganisationen Boliviens (ELN), Chiles (MIR), Uruguay (Tupamaros) und ERP (Argentinien). Aus anderen von der Polizei beschlagnahmten Papieren ist ersichtlich, dass das MIR in letzter Zeit zehn Personen ermordet hatte, unter der Beschuldigung, «Denunzianten bei der Behörde» zu sein. Im September vorigen Jahres wurden fünfzehn Personen unter der Anklage festgenommen, die Ermordung von Regierungsmitgliedern geplant zu haben. In einem seiner Flugblätter vom Februar vorigen Jahres erklärt das MIR: «Wir werden Tausende neuer Komitees des Volkswiderstandes gründen, die massive Sabotage der Wirtschaft vorantreiben und Schritt für Schritt die militärische Macht des Volkes stärken.»

In der belgischen Zeitung «Pur» heisst es: «Den

Putschgeneralen gelang es bisher nicht, die zweitausend bewaffneten Widerstandszellen zu zerstören, die vom MIR eingerichtet worden sind und bereits operieren.»

Die Aktion «Roter Bumerang»: ein argentinischer Importplan

Zweitausend MIR-Zellen wird es wohl in Chile nicht gegeben haben, aber gemäss dem sogenannten «Plan Roter Bumerang» sollten Tausende chilenischer und argentinischer Terroristen über die Grenze aus Argentinien infiltriert werden. Die ersten Anzeichen dieses Planes, der die «Hinrichtung» von Pinochet und seinem Kabinett vorsah, konnten bereits am 21. August 1975 erkannt werden, als vierzig «Spezialisten» aus Havanna mit einem kubanischen Flugzeug in Panama eintrafen und mit einem anderen Linienflug nach Lima (Peru) weiterreisten. Am 14. Oktober wurde bekannt, dass sich in der Gegend des argentinischen Wintersportortes Bariloche zwölfhundert Extremisten unter Verwendung verschiedener Transportmittel, hauptsächlich Pferde, auf die Infiltrierung nach Chile vorbereiteten. Die von den Sicherheitskräften getroffenen Vorkehrungen liessen erkennen, dass bereits hundert Personen die Grenze überquert hatten; vierzehn wurden erfasst und verhaftet. Ein noch nicht georteter Geheimsender übermittelte Anweisungen von Chile nach Argentinien.

Im Januar 1976 veröffentlichte die Polizei von Buenos Aires die Namen von dreizehn Mitgliedern der Extremistenzelle «Coordinadora Revolucionaria Chilena». Bei den Festgenommenen handelte es sich um Argentinier, Chilenen und Engländer. Ihre Hauptaufgabe hatte im Empfang von Geldern aus europäischen und anderen Ländern und in deren heimlicher Weiterleitung über Argentinien nach Chile bestanden. Eine andere Untergruppe, die sich als «Politisches Propagandakomitee» bezeichnet, sorgte für Falschmeldungen über die Lage in Chile. Die Geldmittel waren auch für die Beschaffung von Ausrüstungen zum Untergrundkampf gegen die Regierung in Santiago bestimmt.

Unter den Verhafteten befanden sich drei Schlüsselfiguren des chilenischen MIR, die erst kurz zuvor, mit Instruktionen zum bewaffneten Kampf und zur Gründung der Guerillaschule «Rolando» versehen, aus Europa nach Argentinien gelangt waren. In Buenos Aires hatten die chilenischen Subversiven in engem Kontakt zu den argentinischen Guerriglieros gestanden, von denen sie bedeutende Hilfeleistung erhalten hatten.

Hintergrund zu den «Verschollenenlisten»

Die von den chilenischen Behörden beschlagnahmten Papiere lassen ferner erkennen, wie es kommt, dass so viele Namen auf den im Ausland verbreiteten «Verschundenenlisten» stehen, über welche die chilenische Polizei keinerlei Unterlagen besitzt. Es handelt sich nicht etwa um «politische Häftlinge, die in den Gefängnissen gemartert wurden und schliesslich spurlos verschwanden», sondern um eine Tarnung: Systematisch wurde allen MIR-Angehörigen ein halbes Dutzend oder mehr (gefälschte) Ausweise ausgehändigt; der Ende 1974 bei einer Schieserei ums Leben gekommene damalige MIR-Chef Miguel Enríquez besass beispielsweise siebzehn Personalausweise, jeder auf einen anderen Namen.